**1. Investorenmodelle sind deutlich teurer als selbst zu bauen**

Seit Jahren lehnen wir die sogenannten *Investorenmodelle*, bei denen ein Investor baut und die Stadt langfristig mietet oder kauft, ab. Alle solche Projekte werden für die Stadt und den Steuerzahler erheblich teurer als selbst zu bauen. Ursprünglich sollte die Stadt die Schule an der Kurt-Eisner-Straße für 25 Jahre mieten, hätte Millionen an Steuermitteln bezahlt, ohne dass ihr die Schule gehören würde.Auch eine veränderte Variante mit drei Jahren Miete (monatlich knapp 140.000 Euro) und anschließendem Erwerb (für ca. 25 Mio. Euro) wäre teurer geworden als die eigene Errichtung. Dennoch hätten wir dem, wenn auch mit großen Bauchschmerzen, zugestimmt. Immerhin hätte der Stadt das Grundstück und die Schule am Ende gehört.

**2. Die wachsende Stadt braucht ihre Grundstücke dringend selbst**

Es gibt einen Grundsatzbeschluss im Stadtrat, welcher besagt, dass keinerlei städtische Grundstücke mehr verkauft werden sollen. Wenn wir uns selbst ernst nehmen, ist es inakzeptabel, dass sich der Investor im Ausgleich für das Schulgrundstück gleich vier städtische Grundstücke aussucht - Grundstücke, die die Stadt, wenn auch zum Teil noch nicht heute, aber zumindest langfristig für eigene Zwecke braucht.  
Wir würden hier die gleichen Fehler wie vor 20 Jahren machen und unser Tafelsilber verkaufen. Aus Verantwortung für die Gesamtstadt mussten wir als Stadträt:innen hier ein Stoppzeichen setzen und kritische Nachfragen stellen dürfen.

**3. Bisherige Erfahrungen mit dem Vertragspartner rechtfertigen gründliche Prüfungen**

Gegenüber dem Vertragspartner, der Stadtbau AG, erscheint es uns angemessen, lieber einmal mehr nachzufragen. Denken Sie an den Abriss von Gurken-Schumann (ehemalige Gurkenkonservenfabrik am Bayerischen Bahnhof). Wie viele Beschlüsse haben wir dazu gefasst, und noch immer steht die Ruine. Stichwort „Jahrtausendfeld“: Was wurde da verhandelt, und schlussendlich wurde die Grundschule in der Gießerstraße erbaut. Das alles stärkt unser Vertrauen nicht. Wir sehen keinerlei Engagement, welches wir erwarten, wenn man mit und in der Stadt Geld verdient. Einen ehrlichen, fairen Umgang miteinander stellen wir uns anders vor. Auch war die Stadtbau AG zu keinerlei Nachverhandlung bereit.

**4. Mindestbedingungen für Zustimmung als Änderungsantrag formuliert**

In einem Änderungsantrag hat die Linksfraktion noch Mindestbedingungen wie einen angemessenen Grundstücksausgleich und die Festschreibung baulicher nicht zu unterschreitender Standards bezüglich Größe der Klassenräume oder anderer Flächen formuliert. Da diese weder in der Verwaltung noch bei der Mehrheit des Stadtrates auf Zustimmung stießen, haben wir aus den genannten Gründen die Vorlage abgelehnt.

(vollständiger Redebeitrag der stellv. Fraktionsvorsitzenden Franziska Riekewald unter: <https://gleft.de/4ib>)